

Grossratssession Oktober 2014: Bericht der SP-See -Deputation

Medizinische Grundversorgung im Kanton Freiburg: Der Staatsrat hat in einem umfassenden Bericht unter anderem ein Postulat von Nicole Lehner und Bernadette Hänni zur medizinischen Erstversorgung im Kanton beantwortet. Er zeigt die Probleme auf, mit denen der Kanton – wie alle anderen Kantone – konfrontiert ist. Kleinere Spitäler werden zugunsten von zentralen Einrichtungen aufgehoben, Hausärzte werden rar. Der Staatsrat hat Massnahmen ergriffen, um die komplexe Problematik anzugehen. Die Neuorganisation des Notfalldienstes und die Permanence in Meyriez sind zwei von bereits umgesetzten, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Massnahmen. Diese sind sorgfältig weiter zu verfolgen.

Masterstudiengang in Humanmedizin. Unüberhörbar ist die Forderung, dass die Schweiz mehr Ärzte ausbilden soll. Doch von den mehr als 2000 Studieninteressierten, die dieses Jahr einen gültigen Eignungstest absolviert haben, erhält nur gerade ein Drittel einen Studienplatz in Humanmedizin. Die Kantone haben reagiert: Zwischen 2013 - 2015 entstehen an den fünf Universitäten mit einer medizinischen Fakultät 210 neue Studienplätze (Bachelor/Master), was mit grossen finanziellen Engagements verbunden ist. Unsere Universität muss die Studierenden nach dem Bachelor für das Masterstudium in andere Kantone schicken, die jedoch selber um jeden praktischen Ausbildungsplatz kämpfen. Eine Studie zeigt nun auf, dass es im Kanton Freiburg machbar wäre, einen Master mit Spezialisierung auf hausärztliche Fachkompetenzen aufzubauen. Ein solcher Schritt hätte positive Auswirkungen auf die medizinische Grundversorgung, die Qualität des HFR und der Ärzte, aber auch auf die Universität, und wäre zweifellos geeignet, den Hausarztmangel im Kanton abzufedern.

Kosten für ausserkantonale Spitalaufenthalte: Zwei FDP-Grossräte hatten eine Motion eingereicht, die in einem Raritätenkabinett der realitätsfremdesten Interventionen Platz haben müsste. Unser HFR, verlangen sie, soll die ausserkantonalen Spitalaufenthalte bezahlen. Das ist nichts anderes als eine unbegründete und destruktive Kritik am HFR, das qualitätsmässig keinem andern Spital hinteransteht und neu auch Anstrengungen zugunsten der deutschen Sprache unternimmt. Eine solche Forderung ist nicht nur bundesrechtswidrig, sondern würde die anderen Kantone, die alle auch ausserkantonale Spitalaufenthalte bezahlen, mehr als brüskieren, denn es können nicht überall sämtliche medizinischen Behandlungen angeboten werden, und ausserkantonale Spitalaufenthalte sind gerade in Grenzregionen nicht unüblich.

Volksmotion: Lockerung des Hundegesetzes: Mit 300 Stimmen steht der Bevölkerung das Recht zu, im Grossen Rat ein Anliegen vorzubringen. So geschehen mit dem Antrag von Hundclubs, darunter auch derjenige von Murten, dass Ausbilder in Hundclubs nicht die teure, vom Kanton anerkannte Ausbildung absolvieren müssen. Der Grosse Rat hat dazu einstimmig Ja gesagt. Der Staatsrat wird eine Gesetzesänderung vorbereiten, um die professionelle Ausbildung auf die Ausbilder zu beschränken, die diese Tätigkeit beruflich und gegen Bezahlung ausüben.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer